

Postulat 228

Eingang Stadtkanzlei: 6. September 2018

«Sanctuary city» Luzern – die Stadt Luzern als sicherer Hafen

Nachdem während des 2. Weltkrieges Millionen Flüchtlinge vor verschlossenen Grenzen standen, wurde 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet. Bereits ein Jahr davor kam es zur Verabschiedung der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche erstmals in Europa einen völkerrechtlich verbindlichen Schutz der Grundrechte geschaffen hat und den Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung garantiert.

Heute wird Europas Versprechen, die Menschenrechte einzuhalten, tagtäglich gebrochen. Die aktuelle europäische Asylpolitik dient nicht mehr primär dem Schutz von Menschen auf der Flucht, sondern vielmehr dem Schutz der Grenzen. Trotz anhaltender Konflikte in Ländern wie Syrien, Afghanistan, dem Südsudan, Myanmar oder Somalia und weltweit steigender Flüchtlingszahlen finden schon jetzt immer weniger Flüchtlinge Schutz in Europa. Die sich dramatisch zuspitzende Situation an den Aussengrenzen Europas sollte uns aufrütteln: alleine im Mittelmeer sind dieses Jahr bereits über 1'500 Menschen auf der Flucht gestorben.¹

Schutzsuchende müssen Zugang zu einem fairen und rechtsstaatlichen Asylverfahren in Europa erhalten. Statt nationaler Alleingänge an den Grenzen und in den Häfen bedarf es einer solidarischen Aufnahme: die Verantwortung für die Asylsuchenden darf nicht einfach an die Staaten an den südlichen Aussengrenzen Europas abgeschoben werden. Auch auf kommunaler Ebene kann dazu ein Beitrag geleistet werden.

Es soll eine verantwortungsvolle Politik der sicheren Fluchtrouten und offenen Häfen in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden. Auch die Stadt Luzern soll dazu beitragen: unsere Stadt soll ein sicherer Hafen für alle sein, sich mit gleichgesinnten Städten vernetzen und für Offenheit und Solidarität stehen.

Der Stadtrat wird gebeten:

- eine Mitgliedschaft bei der europäischen Initiative «Solidarity Cities» (www.solidaritycities.eu) zu prüfen

¹ International Organization for Migration <https://www.iom.int/news/mediterranean-migrant-arrivals-reach-68098-2018-deaths-reach-1549> (Stand: 5. September 2018).

- die Flüchtlingspolitik der Stadt Luzern aktiv zu gestalten und dies gegenüber Kanton und Bund zu signalisieren (bspw. indem auf freie Kapazitäten hingewiesen wird)
- eine aktive Flüchtlingspolitik voranzutreiben, die über die Forderungen des Kantons hinausgeht, beispielsweise indem Kooperationen mit verschiedenen Partnern (Caritas, Solinetz etc.) und der Zivilgesellschaft gefördert werden
- zu prüfen, wie er sich in geeigneten Gremien (beispielsweise Städteverbände, direkte Gespräche etc.) bei Kanton und Bund dafür einsetzen kann, dass diese geflüchteten Menschen von Schiffen im Mittelmeer aufgenommen werden

Luzern soll sich in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Gianluca Pardini und Nora Peduzzi
namens der SP/JUSO-Fraktion